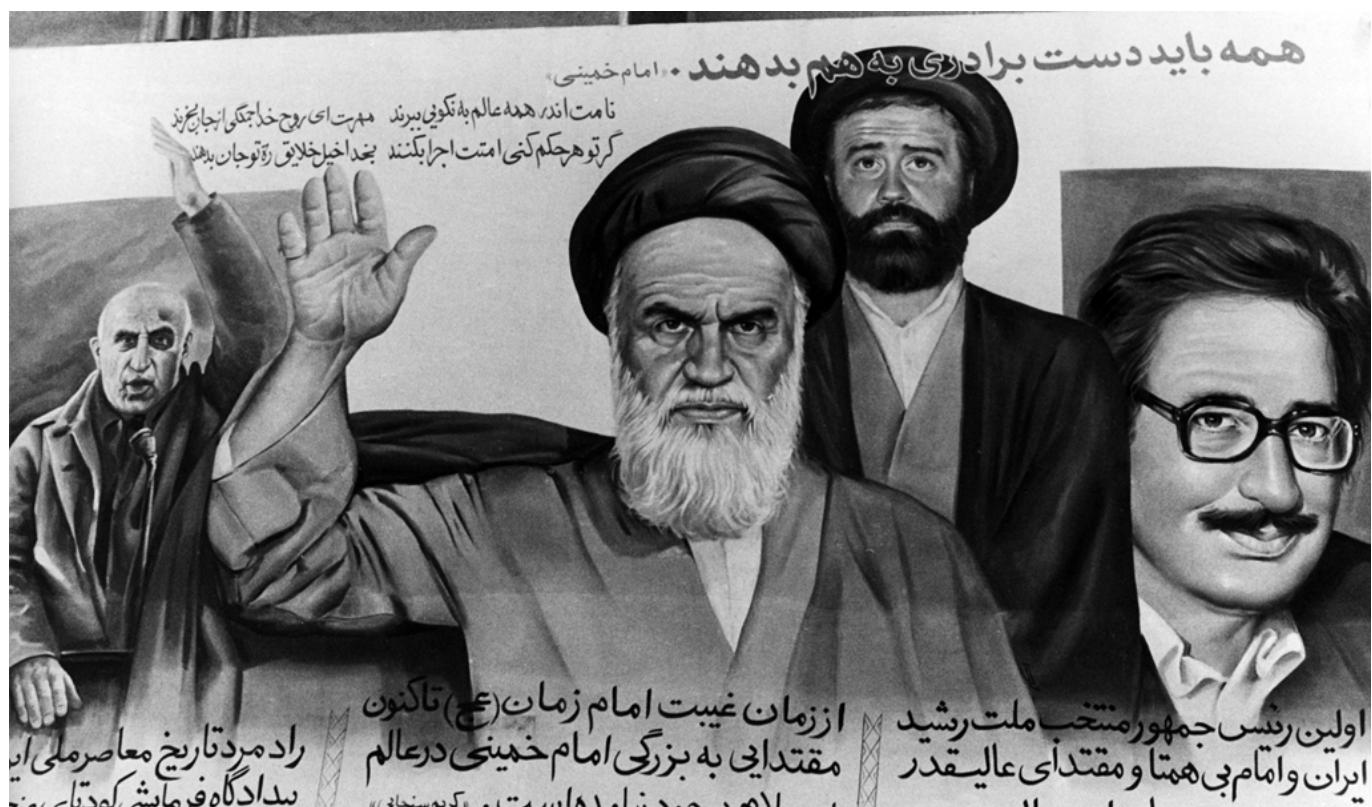


Ein Gastkommentar von Alexander Günsberg

Immer wieder kommen von Politikern und Journalisten Forderungen nach Massnahmen zur Deeskalation der Spannungen in Nahost. Am 27. Februar 2023, ein halbes Jahr vor dem Massaker der Hamas vom 7. Oktober 2023 in Israel, schrieb beispielsweise Daniel Böhm nach Attentaten extremistischer Palästinenser in Israel in der NZZ bei Gesprächen in Akaba zwischen Israel, der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA), Ägypten und Jordanien, habe die arabische Seite eine Deeskalation gefordert.

Fast täglich hört man auch Aufrufe von UNO-Generalsekretär Antonio Guterres zur Deeskalation in Gaza und an Israels Nordgrenze. Am 6. Februar 2024, vier Monate nach dem bestialischen Massenverbrechen der Hamas in Israel, berichtete Christian Weisflog, NZZ-Korrespondent in Washington, progressive – sprich linke – Kreise in der Demokratischen Partei der USA hätten Präsident Biden zur Zurückhaltung bei der Reaktion der USA gemahnt, nachdem der Irans und seine Stellvertretertruppen amerikanische Einrichtungen in Syrien und Irak angegriffen hatten.



Plakat mit den iranischen Führern Muhammed Mossadegh, ayatollah Ruhollah Khomeini, Ahmed Khomeini, Abulhassan Banisadr © INTERFOTO Alamy Stock Foto

Eine der Wortführerinnen dieser «progressiven» Kreise, die Kongressabgeordnete Barbara Lee, behauptete in einer Erklärung, der Weg zum Frieden (zwischen Iran, Israel und den USA) führe über Deeskalation und Diplomatie. Unter dem vorherigen US-Präsidenten Barack Obama hatte diese Politik des «Appeasement» 2015 in dem mit Iran abgeschlossenen Atomabkommen der USA, Frankreichs, Großbritanniens, Deutschlands, Russlands und Chinas einen Höhepunkt erreicht.

Aber auch der republikanische Ex-Präsident und neuerliche Präsidentschaftsanwärter Donald Trump, ein angeblicher Hardliner, propagiert bei seinen Wahlkampfreden lautstark eine isolationistische Politik der USA. Mit dem Verzicht auf militärisches Eingreifen meint er, die Spannungen in der Welt, insbesondere in Nahost, abzubauen zu können.

Von 1938 nichts gelernt

Zwei Dinge fallen bei alldem auf: Erstens, dass die Forderungen nach Zurückhaltung und Deeskalation in erster Linie immer an die Adresse der angegriffenen Parteien Israel und die USA gerichtet sind, auch wenn sie aus den USA selbst kommen.

Und zweitens fällt auf, dass diese Rufe nach «Deeskalation» auffallend an die Beschwichtigungspolitik des britischen Premierministers Neville Chamberlains gegenüber den Nationalsozialisten erinnern.

Nach seiner Rückkehr von der Münchener Konferenz am 30. September 1938 – wo er der Annexion des tschechoslowakischen Sudetenlandes durch Nazi Deutschland zugestimmt hatte und als Gegenleistung von Hitler und Mussolini das Versprechen erhielt, sie würden auf weitere Gebietsansprüche verzichten – erklärte Chamberlain seinen Landsleuten, er bringe ihnen «peace for our time – Frieden für unsere Zeit».

Schon bald zeigte sich, was das Versprechen der beiden Diktatoren wert war, nämlich nichts. Ein Jahr später brach Hitler den Vertrag von München, überfiel Polen und entfesselte den schlimmsten Krieg aller Zeiten. Mussolini schloss sich ihm im Juni 1940 an.

Dass der wahre Weg zum Frieden nicht über «appeasement» erreicht wird, hat die Geschichte zur Genüge bewiesen. Zugeständnisse an Gewaltherrscher zügeln deren Eroberungsdrang nicht. Im Gegenteil: Durch Eroberungen lenken sie ihr Volk von den Problemen im eigenen Land ab. Sie machen ihre Widersacher zu angeblichen



«Deeskalation» gegenüber Iran und seinen Terrortruppen führt zu noch mehr Gewalt

Volksfeinden und damit zu Stützen ihrer Diktatur.

Der Iran bedroht die westliche Zivilisation

Das gilt heute im Speziellen für das Mullah-Regime im Iran. Seit der von den USA durch das Fallenlassen des Schahs ermöglichten Rückkehr Khomeinis aus dem Pariser Exil im Jahr 1979 haben die Mullahs den Iran in einen Gottesstaat verwandelt. Andersdenkende und auf ihre Rechte pochende Frauen werden zu Zehntausenden inhaftiert und ermordet werden. Und es ist die erklärte Absicht der iranischen Mullahs, die ganze Welt im fundamentalistisch-schiitischen Sinn zu islamisieren.

Dazu haben die iranischen Religionsführer Millionen Soldaten im eigenen Land und in vielen anderen Ländern und Regionen rekrutiert, ausgebildet, finanziert und mit modernstem Kriegsgerät ausgerüstet. Libanon, Syrien, Irak, Jemen, Somalia, Gaza und die sogenannte Westbank sind nur die bekanntesten Beispiele. Es gibt kaum mehr ein Land in Asien und Afrika, in dem die Agenten Irans nicht tätig sind. Auch in Europa und den Vereinigten Staaten stifteten sie Terror.

Die Grundlagen der westlichen Zivilisation sind Feindbilder des islamischen Fundamentalismus. Mit ihnen lassen sich die Menschen trotz Armut und Unterdrückung in vielen islamischen Ländern zusammenschweißen.

Auch den Mördern der Hamas ging es am 7. Oktober 2023 nicht um Palästina. Es ging ihnen allein darum, Israel zu zerstören und die Juden physisch auslöschen oder zum Islam bekehren (einer der wenigen Unterschiede zum nationalsozialistischen Antisemitismus). Denn nur so können sie einen islamistischen Feudalstaat errichten, in dem wie in Teheran die Menschenrechte mit Füßen getreten werden.

Nachgeben führt zu noch mehr Gewalt

Jede Art des Nachgebens – ob man sie Deeskalation, Beschwichtigung oder Appeasement nennt – ist die falsche Antwort solche Angriffe auf unsere westliche Zivilisation. Denn Nachgeben führt nur zu noch mehr Gewalt dieser fanatischen Islamisten.



«Deeskalation» gegenüber Iran und seinen Terrortruppen führt zu noch mehr Gewalt

Jahrelang haben die Amerikaner im Irak und in Syrien auf die Angriffe ihrer Militärbasen nicht oder nur halbherzig reagiert. Erst als sie in der ersten Februarwoche dieses Jahres massiv zurückschlugen und weit über hundert feindliche Stellungen zerstörten, erklärte die iranische Führung den Verzicht auf weitere Angriffe gegen US-Basen.

Im Vertrauen auf sein «Iron Dome»-Raketenabwehrsystem hat Israel bis im letzten Oktober die Raketenangriffe der Hamas auf seine Zivilbevölkerung hingenommen und die militärische Aufrüstung der islamistischen Terrororganisation nicht unterbunden.

Das führte letztlich am 7. Oktober 2023 zum Massaker an 1200 seiner Bürger und zur Verschleppung von 239 Menschen in die Unterwelt von Gaza. Jetzt, wo Israel dem Terror ein Ende macht und die Hamas in Gaza massiv bekämpft und zu zerstören droht, sind es die Führer der Hamas, die Waffenstillstand und Deeskalation verlangen.

Jeder, der in Europa oder Amerika im Zusammenhang mit dem Gazakrieg für Deeskalation demonstriert, sollte wissen, dass er weder für Frieden noch für Palästina auf die Straße geht, sondern für den Kampf gegen Israel und die westliche Zivilisation.

Wer wirklich ein friedliches Zusammenleben von Juden und Arabern zwischen dem Mittelmeer und dem Jordan und das Ende des Terrors in Europa und den USA will, sollte Israels Fahne und nicht die der Hamas hochhalten.

Die Schrecken, die im Gazastreifen herrschen, hat Hamas und nicht Israel zu verantworten. Israel verteidigt sich gegen den mörderischen Angriff vom 7. Oktober 2023 und sucht seine, in den Untergrund von Gaza entführten Männer, Frauen und Kinder. Dies ist das im Völkerrecht international verbrieft Recht jedes angegriffenen Staates.

Israels Kampf ist ein Kampf für uns alle

Viele Menschen im Westen sehen nicht, dass Hamas und Hisbollah nur zwei der vielen Söldnertruppen sind, mit denen die Mullahs in Teheran große Teile der Welt terrorisieren. Weil Israel es als einziges Land erkannt und ausgesprochen hat, haben



«Deeskalation» gegenüber Iran und seinen Terrortruppen führt zu noch mehr Gewalt

sich die falschen Gotteskrieger seine Vernichtung zum Ziel gesetzt.

Kein Land außer Iran hat sich die Zerstörung eines anderen in die Verfassung geschrieben. Es beweist die verbrecherischen Absichten des Regimes. In einer Rede vor ausgesuchten Anhängern zum 45. Jahrestag der «iranischen Revolution» am 11. Februar 2024 hat Staatspräsident Ebrahim Raisi gar den Ausschluss Israels aus der UNO gefordert, im krassen Gegensatz zur Charta der UNO, weil Israel sich gegen die Massenmörder der Hamas verteidigt.

Vor noch nicht allzu langer Zeit hat Raisi als Scharfrichter Zehntausende Iraner hinrichten lassen und als Präsident den Schiessbefehl auf die Demonstranten in den iranischen Städten erteilt, der fast ebenso vielen das Leben gekostet hat. Denn er fürchtet nur eines: den Widerstand gegen das fundamentalistisch-islamistische Regime der Mullahs.

Israel steht an der Spitze dieses Widerstands. Es kämpft dabei nicht nur um sein eigenes Überleben. Es verteidigt auch die westliche Zivilisation und die Idee des friedlichen Zusammenlebens aller Religionen. Wer da im Westen nach Deeskalation im Umgang mit dem Iran und seinen Terrortruppen ruft, der ist sein eigener Feind.

Alexander Günsberg, geboren 1952, ist Sohn österreichisch-ungarischer Holocaustflüchtlinge. Er hat Geschichte und Germanistik studiert und lebt als Schriftsteller und freier Journalist in den Walliser Bergen und am Zürichsee.